

TORGE LÖDING

CHRISTLICH, SOZIALISTISCH, SOLIDARISCH. WAHLEN IN NICARAGUA

Am 6. November 2011 wird in Nicaragua ein neuer Präsident und das Parlament des mittelamerikanischen Landes gewählt werden. Zur Wahl steht – entgegen der Verfassung – der amtierende Präsident Daniel Ortega von der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), der das Land in den letzten fünf Jahren vom Neoliberalismus zum «christlichen Sozialismus» geführt hat. Auch sein Antagonist ist bekannt: Arnoldo Alemán von der PLC regierte Nicaragua vor «Daniel» und wurde nach seiner Amtszeit wegen Korruption unter Hausarrest. Die Linke jenseits der «Frente» hat es dagegen nicht geschafft, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Innerhalb der Linken Nicaraguas wie auch international wird um die Frage gestritten, ob sie sich positiv auf die amtierende Regierung von Daniel Ortega beziehen soll oder eine negative Bilanz der vergangenen fünf Regierungsjahre überwiegt.

Schon eine oberflächliche Analyse der übrigen Parteien, die um WählerInnenstimmen buhlen, macht es aus linker Perspektive einfach zu konstatieren, dass von diesen keine eine Alternative darstellt. Also bleiben nur die Optionen – vermutlich zerknirscht und mit geballter Faust in der Tasche – für die FSLN zu stimmen oder eben für keine. Hierzu macht die linke FSLN-Abspaltung RESCATE um die Ex-Comandantes Mónica Baltodano und Henry Ruíz den Vorschlag, ungültig zu stimmen und haben dafür einen Aufkleber angefertigt, der aus Protest auf den Wahlzettel geklebt werden kann. Hintergrund der Debatte ist dabei die Frage, ob die FSLN in der Regierung die Interessen der arbeitenden und marginalisierten Bevölkerungsmehrheit vertritt und selbstbewusst vor allem gegenüber den Hegemonieansprüchen der USA auftritt. Oder ob sie am Ende doch nur die Interessen der Banken und Konzerne vertritt.

Herausgefordert wird Ortega von dem Mann, dem er seine Wahl 2006 eigentlich zu verdanken hat: Dem Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán (1997–2001). Dieser tritt an für die «Partido Liberal Constitucionalista» (PLC). Alemán wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt wegen der Veruntreuung von mehr als 100.000.000 US-Dollar während seiner Amtszeit. Freigesprochen wurde der rechte Politiker im Jahr 2008 im Zuge seines Paktes mit Daniel Ortega. Im Gegenzug ermöglichte Alemán die Herabsetzung der 40-Prozentmarke auf 35 Prozent (und mindestens 5 Prozent Vorsprung vor dem Zweitplatzierten) als ausreichend für die Wahl zum Präsidenten im ersten Wahlgang, was Ortega wiederum den Wahlsieg bei den vergangenen Wahlen ermöglichte. In Wahlumfragen ist

der Neoliberale Alemán mit rund 10 Prozent abgeschlagen auf den dritten Platz abgesackt. Sein Hauptversprechen ist die «Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze»; das Konzept für die Umsetzung bleibt er indes schuldig.

Als Zweiten platzieren die Umfragen Fabio Gadea als Kandidat des oppositionellen Wahlbündnisses «Partido Liberal Independiente» (PLI) – «Unión Nicaragüense por la Esperanza» (UNE) mit 33 bis 35 Prozent. Gadea ist aktuell Parlamentsabgeordneter für die PLC und steht mit Alemán in einem Verwandtschaftsverhältnis («consuegro»). Diese Gruppierung wird dominiert von DissidentInnen der anderen liberalen Parteien, vor allem Kräfte, die dem Bankier Eduardo Montealegre nahe stehen (2006 Präsidentschaftskandidat für die ALN). Politisch stehen sie allesamt loyal zum Neoliberalismus und dem Konsens von Washington. Das wird mitgetragen von den Mitgliedern des «Movimiento Renovador Sandinista» (MRS), welches sich mit ihrem Wortführer, dem Bankier Edmundo Jarquín als Vizepäsidentenkandidat beteiligt. Der 79-jährige Medienunternehmer Gadea ist erklärter Feind des Sandinismus und unterstützte in den Achtziger- und Neunzigerjahren sogar die CONTRA-Mörderbanden. Er verspricht Nicaragua ein jährliches Wirtschaftswachstum von 7 bis 8 Prozent, ohne zu sagen, wie er das erreichen möchte.

Außer der regierenden FSLN mit dem Favoriten Daniel Ortega kandidieren eine Handvoll kleiner rechter Parteien, die bei den Umfragen jeweils aber kaum mehr als einen Prozentpunkt erhalten. Mit zuletzt 45 Prozent Umfragewert gilt die Wiederwahl des Ex-Comandante Ortega als wahrscheinlich.

SCHWARZ-ROT: EL FRENTE SANDINISTA

Die Sandinistische Befreiungsfront bezieht sich in ihrer politischen Tradition auf den Nationalhelden Augusto C. Sandino, der in den Zwanzigerjahren erfolgreich den Aufstand gegen eine Militärintervention aus den USA führte. Politisch forderte Sandino den Bruch mit den alten Parteien des «oligarchisch-bourgeois» Blocks und eine Transformation der Gesellschaft durch Verstaatlichung und Kooperativenbildung. Die traditionelle Oligarchie verschrieb sich indes der Vernichtung des Sandinismus, womit sie mit der Ermordung von Sandino im Jahr 1934 begann. Danach schwang sich der Chef der Nationalgarde Anastasio Somoza García zum Begründer einer Diktatordynastie auf. In den Sechzigerjahren gründeten Anhänger des Sandinismus um Carlos Fonseca die FSLN, beeinflusst von marxistischen Ideen und vor allem dem Vorbild Che Guevaras. Drei unterschiedliche revolutionäre Hauptströmungen fanden sich in der FRENTE zusammen und 1979 gelang die seit der kubanischen Revolution bisher einzige erfolgreiche revolutionäre Bewegung in Lateinamerika. Die USA reagierten darauf mit der Finanzierung des brutalen Kontrarkrieges und scheuten vor nichts zurück, um die FSLN international zu isolieren. Diese Situation setzte das kleine Land unter größten Druck; bis zu ihrer Niederlage bei den Wahlen 1990 war die Regierung der SandinistInnen aber auch gekennzeichnet durch kontroverse Debatten um die «gemischte Wirtschaft» (Die Mehrheit der FSLN versuchte sich in diesem Punkt von der Sowjetunion abzugrenzen), politische Pluralität und politische Positionierung zwischen den internationalen Blöcken.

ROSA-ROT: EL FRENTE DANIELISTA

In seinem Positionspapier «Las Elecciones Del 2006 y algunas Realidades Históricas ocultas de la Política Nicaragüense»¹ schreibt Carlos Fonseca Terán, Vize-Sekretär für Internationale Beziehungen der FSLN (und Sohn des FSLN-Gründers Carlos Fonseca Amador):

«(...) Nach der Rückkehr der FSLN an die Macht im Jahr 2006 (...) hat sie einen Wechsel im politischen System vorgeschlagen (...). Dieser könnte als der Anfang einer direkten Demokratie gesehen werden, dessen erster Schritt die Einführung der «Volksmacht» (Poder Ciudadano) als organisierter Ausdruck derselben ist. Man hat jedoch sehr lange damit gewartet – nicht, als die Bedingungen dafür besser waren (also in den Achtzigerjahren). Dennoch ist es dieselbe Idee, die schon damals vorgeschlagen wurde, als historische Dringlichkeit, welche die aktuelle revolutionäre sandinistische Führung rechtzeitig erkannt hatte. Es ging dabei nicht nur um die Wiederbelebung, sondern vielmehr um die Vertiefung und Sicherung des revolutionären Prozesses, der 1979 begann und 1990 unterbrochen worden war. (...)»

Wenn es nach Carlos Fonseca Terán geht, dann nutzt die FSLN also die aktuelle Präsidentschaft Ortegas, um das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach links zu verschieben, dazu passt der anti-imperialistische Diskurs des Präsidenten, den er z. B. auf dem Treffen des «Foro Sao Paulo» im Mai 2011 zur Schau stellte und natürlich auch der Beitritt Nicaraguas zum progressiven Staatenbund ALBA, nach Fonseca Teráns Definition «die wirtschaftliche und politische Assoziierung der Regierungen der radikalsten Linken des Kontinents, in die Nicaragua eintrat als erste Entscheidung des damals neu gewählten Präsidenten in Konsultation mit der Masse, ver-

sammelt auf der «Plaza de la Fe Juan Pablo II» in der Nacht seiner Amtsübernahme»².

RÄTEDEMOKRATIE MIT FREIHANDEL

Der ALBA-Beitritt Nicaraguas ist natürlich begrüßenswert, wenn auch die Form der Konsultation per Akklamation durch «eine auf dem Platz versammelte Masse» zumindest fraglich ist. Zweifelhaft ist zudem, inwieweit die seit 2006 auf kommunaler Ebene als «Organe der direkten Demokratie» eingerichteten «Räte der Bürgermacht» (CPC) nun tatsächlich zur gesellschaftlichen Transformation in Nicaragua beitragen. Da sich für die CPCs keine parlamentarische Mehrheit fand, setzte Ortega ihre Schaffung per Präsidentendekret durch. Wer an den CPCs teilnimmt bestimmt die Partei und national werden sie – ohne demokratische Legitimation – von Ortegas Ehefrau Rosario Murillo koordiniert. Vielerorts konkurrieren diese «Räte» nun mit den «Komitees zur kommunalen Entwicklung» (CDM) und behindern kommunale Entwicklung manchmal mehr als sie diese fördern. Ein wichtiges Machtinstrument sind die CPCs aber fraglos: Das Armutsbekämpfungsprogramm «Hambre Zero» und dessen Schwesterprogramme sind die zentrale soziale Errungenschaft der Regierung Ortega – finanziert mit bis zu 150 Millionen US-Dollar von Venezuela –, damit wurden nach Regierungsangaben 75.000 Familien aus der bittersten Armut geholt. Wer in den Genuss der Förderung kommt, entscheiden indes nicht die BürgermeisterInnen oder Kommunalparlamente. Es sind die CPCs, die auf lokaler Ebene über die Verteilung der bitter notwendigen Hilfsgüter entscheiden. Einerseits sind diese Hilfsprogramme also der Anfang einer dringend notwendigen Sozialpolitik, die es unter den neoliberalen Regierungen von 1990 bis 2006 nicht gegeben hat, andererseits bleiben sie in der Wirkung begrenzt, da sie bei Fürsorge stehen bleiben und keinen Hebel zur gesellschaftlichen Transformation ansetzen. Berechtigt ist auch der Vorwurf des Klientelismus, denn es sind Ortegas Ehefrau und die Parteistrukturen der FSLN, welche die Verteilung kontrollieren. (Im Übrigen werden Staatsressourcen allen Orts sichtbar für den FSLN-Wahlkampf eingesetzt.)

Am Werkstor endet dann auch jede Volksmachtrhetorik der amtierenden Regierung: Kontrolle der Wirtschaftsmacht oder auch nur Wirtschaftsdemokratie kommt beim aktuellen Konzept der «Poder Ciudadano» der FSLN mit keiner Zeile vor. Ganz im Gegenteil: Zu den wichtigsten Unterstützern der Regierung Ortega gehört der Arbeitgeberverband COSEP («Consejo de la Empresa Privada»)³ und zudem kann sie sich der Unterstützung des IWF sicher sein, denn Nicaragua gilt heute mehr denn je als Musterknabe bei der Umsetzung der Maßnahmen von Währungsfond, Weltbank und Interamerikanischer Entwicklungsbank. Nicht unbedeutend bei der Frage, ob Nicaragua mit dem Neoliberalismus und dem Konsens von Washington gebrochen hat oder zu brechen gedenkt, ist die Tatsache, dass das mittelamerikanische Land als einziges auf dem amerikanischen Kontinent das Kunststück fertigbringt, sowohl ALBA-Mitglied als auch CAFTA-

¹ Carlos Fonseca Terán in: «Las Elecciones Del 2006 y algunas Realidades Históricas ocultas de la Política Nicaragüense», veröffentlicht in «Papers» des RLS-Büro Mexiko im Oktober 2011. ² Ebenda. ³ Auf der Titelseite der FSLN-ParteiZeitschrift «Visión Sandinista» lässt sich Ortega mit Kardinal Obando und Carlos Pella, dem COSEP-Vorsitzenden ablichten. Die Überschrift dazu lautet: «Mit der Allianz Regierung, Unternehmer, Arbeiter, mehr Wirtschaftswachstum!»

Staat zu sein. In seiner anti-imperialistischen Rhetorik pflegt Ortega CAFTA nicht zu erwähnen, denn das «Freihandelsabkommen» zwischen den USA und Zentralamerika ist die Umsetzung der Bushdoktrin und deren neoliberaler Agenda⁴. Um einen Vergleich zu liefern: Als Rafael Correa Anfang 2007 die Regierung in Ecuador übernahm, kündigte er den USA umgehend ein ähnliches Freihandelsabkommen auf. Einer der wichtigsten Wirtschaftsberater von Ortega, der Ex-Abgeordnete Bayardo Arce, sagte indes im Oktober 2011 im Interview mit dem US-Journalisten Tim Rogers über die Regierungsführung von Ortega⁵:

«(...) Trotz der politischen Rhetorik, ist die Wirtschaftsadministration heute sehr viel praktischer und viel weniger ideologisch als in der Vergangenheit, denn die Ökonomie ist unter der Regierung Ortega offener als die Ökonomien des freien Marktes der drei vorhergehenden Regierungen (...).»

Deshalb mag es auch nicht verwundern, dass Nicaragua zu den ganz wenigen Ländern in Lateinamerika gehört, wo die Regierung trotz der Finanzkrise nicht die geringste Änderung in der Fiskalpolitik vorgenommen hat, welche unter den 16 Jahren neoliberaler Regierungen eingeführt wurden.

PIÑATA SANDINISTA

Gegründet wurde die FSLN in den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts unter starkem Einfluss marxistischer Ideen. Carlos Fonseca Terán zufolge steht die Partei immer noch in dieser Tradition und negiert demzufolge nicht die Existenz gesellschaftlicher Klassen. Nun stellt sich aber die Frage, welche Klasseninteressen die FSLN in der Regierung vertritt. Nicht nur Daniel Ortega ist heute nämlich ein millionenschwerer Unternehmer, dem beispielsweise ein kleines Medienimperium privat gehört. Vor der Machtübergabe an Violeta Chamorro's neoliberale Regierung im Januar 1991 haben sich führende SandinistInnen 1990 in dem als «Piñata sandinista» in die kollektive Erinnerung Nicaraguas eingegangenen Akt persönlich bereichert. Das «Times Magazine» bezifferte den Wert des hektisch privatisierten Staatseigentums zugunsten von FSLN-FührerInnen auf rund 700 Millionen US-Dollar. Ob es wirklich so viel waren (oder sogar mehr?) wird schwer zu klären sein. Fakt ist nur, dass sich so eine neue Schicht von sandinistischen UnternehmerInnen gegründet hat und diese neuen KapitalistInnen haben sich vor allem um Daniel Ortega versammelt.

Vor diesem Hintergrund mag auch die merkwürdige Ideologie der heutigen FSLN unter Daniel Ortega und Rosario Murillo wenig verwundern. Im Jahr 2006 gewannen sie die Wahlen – mit 38 Prozent, einem der historisch schlechtesten Wahlergebnisse der FRENTE – nach einer Kampagne unter dem Motto «Liebe und Frieden!», dazu wechselte die Partei ihre Farben zu hellblau und rosa. Die Kampagne 2011 steht unter dem Motto «Christlich, Sozialistisch, Solidarisch». Es gibt Linke, die dies als Fortschritt betrachten. Was hinter der aktuellen Wahlkampagne, «Kampagne für das Gemeinwohl» genannt, stecken soll, erklärt die FSLN wie folgt: «Dies ist die Kampagne des Gemeinwohls. Der Taten für das Gemeinwohl. Die Kampagne der Multiplizierung der Brote, wo Gott Wunder wirkt, damit sich das Gute etabliert ... Wir werden dort sein, wo die Sonne wärmt», ohne offensive Worte an niemanden, denn niemand ist entfernt. Die Arbeit des Herrn in Nicaragua erreicht alle durch diese Regierung und seine sandinistischen Diener ... Gott hat uns ermöglicht, eine gute Regierung zu

führen. Das ist unsere wichtigste Festung. Alle wissen es, alle sagen es.»⁶

Teile der katholischen Kirche stellen Ortegas FSLN deshalb in Frage, denn es sei ausschließlich diese Kirche, die Gottes Werk betreibe und sich christlich nennen dürfe. Andere Würdenträger, wie der mit Ortega verbündete Kardinal Obando y Bravo (ein Resultat dieser Allianz ist das von der FSLN mitgetragene Verbot jeglicher Abtreibungen, also auch therapeutischer und im Fall der Lebensgefahr für die Mutter) – in den Neunzigerjahren noch ein zorniger Gegner der «gottlosen Sandinisten» und Unterstützer der Contra-Mörderbande – lassen den Präsidenten indes gewähren. Seinen katholischen KritikerInnen entgegnet Ortegas indes wie folgt: «Der Amtsträger erklärte, dass es nicht verboten sei, sich auf das Christentum zu beziehen und das sich viele Parteien in der Welt sogar «Christdemokraten» und «Christsoziale» nennen. Das ist nicht verboten». Er nannte als Beispiel die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die als erste Regierungschefin ihres Landes für die demokratische christliche Partei gewählt wurde.»⁷

SANDINISTISCHE IDENTITÄTSFINDUNG

Aus linker Sicht wirken diese ideologischen Muster wenig attraktiv. Dass Ortega bei den Umfragen dennoch deutlich führt, mag vor allem an der inhaltlichen Schwäche seiner Herausforderer liegen. Die FSLN strebt 2011 nicht nur die Präsidentschaft an, sie macht sich dieses Mal auch Hoffnung auf eine eigene Parlamentsmehrheit. Dabei ist Ortegas Kandidatur umstritten, denn Nicaraguas Verfassung erlaubt den erneuten Antritt eines amtierenden Präsidenten nicht. Die amtierenden Verfassungsrichter – mehrheitlich ernannt durch Arnaldo Alemán's PLC und die FSLN; in einigen Fällen wurde ihre bereits abgelaufene Amtszeit «ausgeweitet», um eine Neubesetzung vor den Wahlen zu verhindern – erkannten sie an. Und das übrigens bereits zum 13. Mal in den 190 Jahren der formellen Unabhängigkeit Nicaraguas.

Mindestens genauso umstritten ist die Praxis bei der Ausgabe neuer Wahlausweise. Die Ausstellung obliegt theoretisch dem «Consejo Supremo Electoral» (CSE) als unabhängiger Instanz. Aber offenbar werden FSLN-Mitglieder bevorzugt behandelt. Ein Beispiel unterstreicht dieser Zeitungsausschnitt aus der regierungskritischen, linksliberalen Tageszeitung «Nuevo Diario»:

«Das Institut für Demokratie» – Ipade – überwacht das Tun in den 153 Municipien des Landes, in 80 wurde 713 Personen das Identitätsdokument zuhause zugestellt; in 61,6 Prozent der Fälle von der FSLN, in 30,4 Prozent der Fälle vom CSE und in 5,4 Prozent der Fälle von «anderen». In 2,6 Prozent der Fälle konnten die Befragten es nicht spezifizieren (...). Die Frente Sandinista ist dem dritten Wahlen-Bericht von Ipade zufolge zum «großen Identifikationsdokumentenaussteller» geworden, bei Befragungen von Personen in 80 Municipien kam heraus, dass in 61 Prozent der Fälle ihnen diese durch Repräsentanten der Regierungspartei gebracht wurden. Auf der anderen Seite besagt der Bericht, dass 102.756 Doku-

⁴ Siehe auch: GIGA FOCUS Nr. 10, 2007 «Zentralamerika: Sozialer Konflikt um CAFTA und die Folgen» (Sebastian Huhn/Torge Löding). ⁵ <http://www.nicaraguadispatch.com/business-travel/arce-we-have-to-generate-wealth/588>. ⁶ Fragmente aus «Campaña del bien común», elecciones 2011 – FSLN. ⁷ Daniel: Somos Cristianos, Socialistas y Solidarios, 24 de Julio de 2011 | Carlos Espinoza Flores, http://www.el19digital.com/images/stories/000-2011-07-julio/dos_verificacion-20.jpg (Parteiorgan der FSLN).

mente für die Wahl noch nicht zugestellt wurden und 400.000 Dokumente noch im Zustellungsprozess seien.»⁸ Von einer neuen Regierung Ortega ist Kontinuität zu erwarten. Auszugehen ist eine Ausweitung der Macht der CPCs. Kommunalpolitisch wird das eine Schwächung der autonomen Munizipien bedeuten. Kommunalpolitikern der FSLN zufolge soll sogar das Amt der BürgermeisterInnen abgeschafft werden.

UND DIE «NEUE LINKE»?

Bei den Wahlen 2006 errang ein Mitte-Links-Bündnis von FSLN-DissidentInnen rund 8,5 Prozent der Zweitstimmen und damit fünf Parlamentsmandate. Die stärkste Kraft dahinter war die Partei «Movimiento Renovador Sandinista» (MRS), das sich unter Beteiligung des FSLN-Veteranen und ehemaligen Vizepräsidenten (1984–1990) Nicaraguas Sergio Ramírez 1994 von der FRENTE abspaltete. Die Kritik des MRS richtete sich vor allem gegen den «Autoritarismus» Daniel Ortegas und dessen «marxistisch-leninistische» Linie. Die Partei, an der sich führend vor allem UnternehmerInnen wie Herty Lewites (verstorben 2006) und Edmundo Jarquín beteiligen, aber auch zwei der neun führenden Ex-Comandantes der FSLN, orientiert sich dagegen an sozialdemokratischen Ideen. Verstärkt wurde die Partei MRS von einer kleineren, jüngeren Abspaltung, die sich als RESCATE («Rettung») des Sandinismus bezeichnen und die gleichen Buchstaben (MRS) benutzen. Im Parlament wird RESCATE heute noch von der Ex-Comandante Mónica Baltodano vertreten. Im Gegensatz zur Partei MRS lehnt diese Bewegung die Zusammenarbeit mit den Liberalen und Konservativen ab und setzt auf einen originär linken Neuanfang.

Das gemeinsame Projekt blieb indes erfolglos. Was als möglicher Kristallisationspunkt für einen linken Aufbruch – mit einem Achtungserfolg von 6,5 Prozent der Erst- und 8,5 der Zweitstimmen – begann, endete im Nichts. Rechtzeitig zu den Kommunalwahlen 2008 (bei diesen wurden massive Wahlbetrugsvorwürfe der Zentralregierung gegenüber laut) wurde dem MRS der Parteienstatus entzogen; bis heute konnte er diesen nicht wieder erlangen. Die beiden Strömungen spalteten sich in jenem Moment an der Frage der Beteiligung an einer Allianz mit den (Neo)Liberalen. Die «Renovadores» von Edmundo Jarquín unterstützten schließlich

den Bankier Eduardo Montealegre und verschwinden heute durch die Aufgabe jeden politischen Profils im Wahlbündnis PLI-UNE des rechten Medienunternehmers Gadea. Sich mit dem «kleineren Übel zu verbünden» begründen sie mit der «Notwendigkeit, eine Ortega-Diktatur zu verhindern»; und auf diesem Wege wenigstens den einen oder anderen Parlamentssitz zu bekommen.

Diesen Ansatz lehnt RESCATE ab. Wenn das neu gewählte Parlament zusammenkommen wird, wird diese Strömung keinen Sitz mehr haben. «Wir haben versucht, eine neue linke Partei zu gründen, aber die von Daniel Ortega beherrschte Bürokratie macht uns das unmöglich. Während er mit der Katholischen Kirche und der Rechten paktiert, bekämpft er Kritik von links mit allen Mitteln», sagt Ortegas ehemalige Weggefährtin Ex-Comandante Monica Baltodano⁹. Da das Wahlrecht aber ein durch die sandinistische Revolution 1979 gewonnenes demokratisches Gut sei, das es zu verteidigen gelte, ruft RESCATE zum Abgeben einer Proteststimme auf. Diese soll durch einen Aufkleber mit einem Text gegen die aktuelle «Wahlfarce» zum Ausdruck gebracht werden.

In Nicaraguas Gesellschaft ist die Gruppe, an der sich auch der Ex-Comandante «Modesto» Henry Ruíz beteiligt, indes weitgehend isoliert. Mit politischen Fortbildungsangeboten wenden sie sich vor allem an Jugendliche, in der Hoffnung eine Initialzündung für eine neue demokratische Diskussionskultur geben zu können. Im Dezember soll auf einem regionalen Seminar gemeinsam mit linken AkteurInnen aus den Nachbarländern über die Zukunft des Sandinismus und der Linke in Mittelamerika diskutiert werden. Angesichts des 06.11. sagt Mónica Baltodano: «Es wird Wahlen geben; aber dieses Mal verliert dabei die Demokratie. Ohne Zweifel»¹⁰.

Torge Löding leitet das Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko-Stadt, welches auch die Länder Zentralamerikas und Kuba betreut.

⁸ «El Nuevo Diario», Politikseite, 15.10.2011. ⁹ Gespräch zwischen Mónica Baltodano, Torge Löding und Patricia Zapata (RLS Mexiko) am 16.05.2011. ¹⁰ Mónica Baltodano in: «El engañoso encanto de las elecciones nicargüenses», veröffentlicht in «Papers» des RLS-Büro Mexiko im Oktober 2011.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE international 13/2011:
November 2011

Abonnieren Sie unseren **E-Mail-Newsletter** mit Berichten aus Lateinamerika unter folgendem Link:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Oder senden Sie eine E-Mail an gabbert@rosalux.de mit dem Stichwort: «Newsletter-Abo».
